



Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen

SPD, b-now, und FDP

Neu-Anspach, den 11.09.2023

An den

Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Neu-Anspach

Rathaus

61267 Neu-Anspach

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

wir bitten Sie hiermit, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu nehmen:

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, §18 der „Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Neu-Anspach in der Fassung vom 21.02.2019“ wie folgt zu ergänzen (neu Abs. 8):

Eine Zusammenlegung von Anträgen verschiedener Antragssteller ist nur dann zulässig, wenn alle Unterzeichner der betroffenen Anträge dieser Zusammenlegung zustimmen.

Begründung:

Eine Zusammenlegung von Anträgen zur Diskussion und evtl. auch zur Beschlussfassung ist dann sinnvoll, wenn der Antrag sich objektiv auf dieselbe Sache bezieht und eine wiederholte Besprechung keinen zusätzlichen Nutzen liefern würde. Ob zwei Anträge tatsächlich als identisch in ihrem Antragsziel zu betrachten sind, können letztlich nur die Verfasser der Anträge beurteilen. Diesen sollte deshalb die alleinige Entscheidungshoheit über eine Zusammenlegung zugestanden werden. Eine mehrheitliche Abstimmung durch das Parlament beschneidet die Rechte der Antragsteller der zusammenzufassenden Anträge, da das Anliegen einer Antragspartei bereits durch vorgezogenen Mehrheitsbeschluss inhaltlich so verändert werden kann, dass das eigentliche Antragsziel nicht mehr erkennbar ist. Das Parlament würde bereits an dieser Stelle Einfluss auf die nachfolgende Beschlussfassung nehmen und eine Diskussion in der Sache durch eine Diskussion über das Verfahren verdrängt. Es wäre also nur folgerichtig, wenn man die Entscheidung über eine Zusammenfassung von Anträgen ausschließlich den Autoren der Anträge überlässt und eine parlamentarische Entscheidung aus Gründen der Verletzung von Individualrechten ausschließt. Nur so kann einem Minderheitenschutz in der Stadtverordnetenversammlung effektiv Rechnung getragen werden.

Kevin Kulp
SPD

Bernd Töpperwien
b-now

Stefan Ziegele
FDP